

**Verlängerung der Zusatzvereinbarung zum Gesamtvertrag
zur Vergütung von Nutzungen nach § 52 a UrhG an Schulen
vom 27. Februar 2014**

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie und Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen

vertreten durch Herrn Ministerialdirektor Herbert Püls, Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst sowie Frau Staatssekretärin Christine Streichert-Clivot, Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlandes

- im Folgenden: **die Länder** –

einerseits und

die folgenden Verwertungsgesellschaften

VG Musikedition,
GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte),
VG WORT (Verwertungsgesellschaft Wort),
VG Bild-Kunst (Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst),
GVL (Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten),
VFF (Verwertungsgesellschaft der Film- und Fernsehproduzenten m.b.H.),
VGF (Verwertungsgesellschaft für Nutzungsrechte an Filmwerken m.b.H.),
GWFF (Verwertungsgesellschaft zur Wahrnehmung von Film- und Fernsehrechten m.b.H)

im Folgenden: **die Verwertungsgesellschaften**

vertreten durch die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder Herrn Dr. Robert Staats und Herrn Rainer Just

andererseits

vereinbaren als Vertragspartner der Zusatzvereinbarung vom 27./28. Februar 2018 zum Gesamtvertrag zur Vergütung von Nutzungen nach § 52a UrhG an Schulen vom 27. Februar 2014 folgendes:

1. Die Vertragspartner werden schnellstmöglich – zu Beginn des Jahres 2019 – die Modalitäten einer Repräsentativerhebung zum Nutzungsverhalten an Schulen festlegen.
2. Im Anschluss an die Erhebung werden die Vertragsparteien zeitnah die Verhandlungen über einen zukünftigen Gesamtvertrag aufnehmen. Dieser wird auch eine angemessene Erhöhung der Vergütung für den Zeitraum ab dem 1. März 2018 vorsehen.
3. Die bisher vereinbarten Vergütungszahlungen für die vertragsgegenständlichen Nutzungen werden als Abschlagszahlungen weiter geleistet.
4. Etwaige umsatzsteuerliche Fragen, die sich aus der Entscheidung des EuGH in der Rechtssache C-37/16 – „Minister Finansów ./. SAWP und Entscheidungen der nationalen Finanzbehörden ergeben, werden derzeit noch geprüft. Die Parteien werden sich hierzu noch gesondert verständigen.
5. Die Geltungsdauer der Zusatzvereinbarung vom 27./28. Februar 2018 wird nach Maßgabe dieser Regelungen bis zum 31. Juli 2019 verlängert.

Für die Länder:

München, den



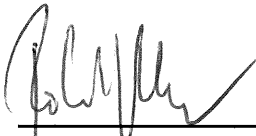
Ministerialdirektor Herbert Püls

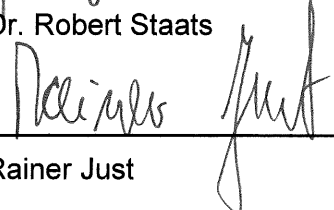


Staatssekretärin C. Streichert-Clivot,

Für die Verwertungsgesellschaften:

München, den 20. Dezember 2018



Dr. Robert Staats


Rainer Just